

2008-04-02

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 12.03.2008

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 39**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Brumme, Kurt
Pohl, Hans-Werner
Weber, Hendrik

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Andrich, Monika
Ehlert, Heidemarie
Geier, Erhard
Stöbe, Karin

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas
Noack, Isolde

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, übergab aus gegebenem Anlass das Wort an Herrn OB Koschig.

Herr OB Koschig legte dar, Freud und Leid liegen im Leben oft dicht beieinander. Am 31. Januar verstarb plötzlich und für uns unerwartet das langjährige Mitglied des Stadtrates Roßlau, Herr Günter Hinz. Wegen seines bevorstehenden Urlaubs hatte Herr Koschig schon das Glückwunschs Schreiben aus Anlass des anstehenden 75. Geburtstages ausgefertigt. Nun hatte er eine Beileidsbekundung an die Witwe zu schreiben. Günter Hinz kam aus Ostpreußen an die Elbe und war zunächst in der Lehrlingsausbildung des VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben tätig, bevor er zum Rat der Stadt wechselte. Lange war er hier als Sekretär des Rates tätig. Von 1990 bis 2004 war er Mitglied des Stadtrates Roßlau. Sein Spezialgebiet war die Sozialpolitik. Viele Jahre lang leitete er den Roßlauer Sozial- und Kulturausschuss. Für seine außerordentlichen Verdienste um die Entwicklung seiner Wahlheimatstadt wurde er mit einer Eintragung in das Ehrenbuch der Stadt und mit der Ehrennadel der Stadt Roßlau ausgezeichnet.

Herr Koschig bat die Stadträte, sich zum Gedenken an das verstorbene Mitglied unseres Stadtrates a. D. Günter Hinz von den Plätzen zu erheben und bekundete, man werde das Andenken an Günter Hinz stets in Ehren bewahren.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zur heutigen Stadtratssitzung wurde form- und fristgerecht eingeladen und die Tagesordnung beigefügt.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Anmerkungen zur Tagesordnung machte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Dieser **beantragte die Streichung des Tagesordnungspunktes 7.15**. Begründend legte er dar, dass diese Beschlussvorlage einstimmig im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus abgelehnt wurde.

Auf Wunsch des einbringenden Stadtrates sei diese Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt worden, erklärte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Er brachte den von Herrn Weber eingebrachten Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes zur Abstimmung. Dieser wurde mehrheitlich angenommen (33:01:02), so dass der Tagesordnungspunkt 7.15 von der Tagesordnung genommen wurde.

Die geänderte Tagesordnung wurde bestätigt (35:01:00).

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 30. Januar 2008**

Die Niederschrift wurde mehrheitlich (35:00:01) angenommen.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig teilte eingangs mit, dass im Babynest des Städtischen Klinikums ein nur wenige Tage altes Baby abgegeben wurde. Man müsse sich fragen, was muss in den Eltern, vor allem der Mutter, vorgegangen sein, diesen Schritt zu tun und doch sind wir alle froh, dass sie sich für diesen und nicht einen anderen schrecklichen Schritt entschieden haben, wovon in jüngster Zeit immer wieder zu hören ist. Das Mädchen wurde im Klinikum liebevoll aufgenommen und wird jetzt zur Adoption vorbereitet. Die Mitarbeiter haben dem Kind den Namen Maria März gegeben. Als Herr Koschig dies am 8. März am Rande der Eröffnung des Basketball-Jugend-Sichtungsturniers des Deutschen Basketballverbandes im Glaspalast des Berufsschulzentrums der Bundestrainerin der U16 Auswahl der Basketballmädchen erzählte, bot diese daraufhin spontan an, als Patin zur Verfügung zu stehen. Das habe auch einen besonderen Grund. Unsere Bundestrainerin heißt Alexandra März.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden alle Zuarbeiten der Fraktionen zur Überarbeitung unserer Hauptsatzung in einer Synopse zusammengestellt und verteilt, informierte Herr OB Koschig weiter. In der nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses werden die weiteren Schritte zur Überarbeitung der Hauptsatzung festgelegt.

Nachdem in der letzten Sitzung des Stadtrates der künftige Generalintendant des Anhaltischen Theaters, Herr André Bücken, bestimmt wurde, hat dieser am 31. Januar den Intendantenvertrag unterzeichnet. Am kommenden Freitag wird es ein gemeinsames Gespräch mit dem Generalintendanten, Johannes Felsenstein, und dem Verwaltungsdirektor, Herrn Landgraf, geben. Herrn Landgraf gratulierte der Oberbürgermeister an dieser Stelle nachträglich ganz herzlich zu seinem 60. Geburtstag.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde die Durchführung einer Potenzialstudie beschlossen. Dazu fand ein erster Politikdialog zu diesem Gutachten unter dem Thema Beteiligungsziele statt. Man habe sich sehr intensiv und ausgiebig mit dem Beauftragtenbüro Rödel & Partner unterhalten und über Ziele unserer kommunalen Beteiligungen verständigt. Den nächsten Dialog zum Thema Konsolidierungsziele gibt es Ende April.

Eine interessante Anfrage erreichte unsere Wirtschaftsförderung zur Entwicklung und Produktion von Helikoptern Ende Februar, führte Herr Koschig weiter aus. Dazu wurde ein Standortangebot für unser Gewerbegebiet Flugplatz unterbreitet. Eine Entscheidung des Investors steht noch aus. Ansiedlungspolitik ist ein schwieriges Feld und die Investoren äußern sich nur selten zu ihren Entscheidungen, wenn sie sich gegen einen Standort entschieden haben. So habe man vor einiger Zeit über das Land eine Anfrage zur Ansiedlung eines Unternehmens in der Chemie- und Recycling-Branche erhalten, das ein Grundstück an einer Wasserstraße gesucht hat. Hier konnte unsererseits ein hervorragendes Angebot im Industriehafen Roßlau gemacht werden. Die Entscheidung ist nicht zu Gunsten unserer Stadt gefallen, das Unternehmen siedelt sich in Hettstedt an. Es sind also Entscheidungen, die wirklich nicht nachvollziehbar sind, da die nächste Wasserstraße bei Hettstedt die Saale ist, also doch etwas weiter entfernt.

Die Firma CEMAG beabsichtigt auf dem Gelände Flugplatz eine Erweiterung. Hier fand eine Ämterberatung im Planungsamt statt mit dem Ziel, die Grundlagen dafür zu schaffen, da dies einer Änderung des Bebauungsplans bedarf. Auch die Echterhoff-Bau

GmbH möchte ihren Bauhof erweitern. Zum Vorhaben Wasserkraftwerk am Muldewehr gibt es inzwischen einen dritten Bewerber und er hat am 4. März sein Projekt in einer Ämterberatung vorgestellt. Bis Mitte des Monats erfolgt die Einschätzung unserer Ämter zu den drei vorgestellten Projekten, um dann eine Beschlussvorlage zur Auswahlentscheidung erarbeiten zu können.

Im vorigen Jahr wurde der Auftrag an die Firma GMA Ludwigsburg zur Anfertigung eines Einzelhandelsgutachtens erteilt. Dieses wurde mit Änderungen und Ergänzungen am 25. Februar bei uns vorgelegt. Die Diskussion und die entsprechende Beschlussfassung sollen in einer gemeinsamen Beratung des Wirtschafts- und des Bauausschusses Ende des Monats stattfinden.

Der „Gründerin des Monats März“ möchte man herzlich gratulieren. Es ist Frau Jaqueline Arendt, die am 12. Januar eine Physiotherapiepraxis in der Wilhelm-Feuerherdt-Straße eröffnet hat. Dieser Vorschlag an das Land erging von unserem Ego-Piloten, der in seiner Tätigkeit mit am erfolgreichsten im Land Sachsen-Anhalt ist.

Zum Baugeschehen kommend, führte Herr Koschig aus, man habe mit der Vorlage Nr. 292 den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 101, Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D-D1, gefasst. Die Ausfertigung der Satzung erfolgte am 13. Februar. Der Bebauungsplan wurde durch die ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt am 23. Februar rechtskräftig.

Über den Ersatzneubau Streetzer Brücke konnte schon mehrfach informiert werden. Die neue Brücke wurde im Dezember noch vor dem Weihnachtsfest für den Verkehr freigegeben. Die offenen Restleistungen wurden bis Ende Februar, ausgenommen die Fahrbahnmarkierung und die endgültige Beschilderung, abgearbeitet. Die förmliche Abnahme soll nach einer Einigung zu Nachtragsverhandlungen und dem Nachweis einer Brückenprüfung erfolgen. Damit ist die Baumaßnahme aber noch nicht abgeschlossen, denn ein Teil des Brückenbauwerks musste als Behelfsbrücke errichtet werden. Erst nach Abschluss der Rückbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG, die voraussichtlich noch bis zum Jahr 2012 andauern, kann die Behelfsbrücke entfernt und durch eine Dammschüttung ersetzt werden. Dazu wird es nochmals Bautätigkeiten an der Streetzer Brücke geben.

Zum Ausbau der Hauptstraße in Roßlau war eine Bauzeit bis 30.04.2008 vertraglich vereinbart worden. Diese wurde nach Einbringen der bituminösen Deckschicht und der Fertigstellung der noch offenen Leistungen im Gehwegbereich am 29. Februar für den Verkehr freigegeben. Die Abnahme fand noch nicht statt, weil auch hier einige offene Fragen zur Abrechnung bestehen.

Die notwendigen Baumfällarbeiten für den Neubau der Bahnhofstraße wurden bis Ende Februar abgeschlossen. Die Bauleistungen für den Straßenneubau, einschließlich Umgestaltung des Westausganges sowie Errichtung des Park-and-ride-Platzes wurden öffentlich ausgeschrieben. Die Vergabeentscheidung wurde vom Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 26. Februar bestätigt. Nach Beschlussfassung der Vorlage Nr. 59 „Novellierung, Ergänzung des Maßnahmebeschlusses“ im heutigen Stadtrat kann der vorliegende Bauauftrag ausgefertigt und unterschrieben werden. Nach der Auftragsunterzeichnung soll am 14. März eine Bauanlaufberatung erfolgen, um den ge-

planten Baubeginn noch im März sicherstellen zu können. Die Baumaßnahme ist von März 2008 bis April 2009 vorgesehen.

Die vorbereitenden Arbeiten zur Sicherung der Umleitungsführung für den Ausbau der B 185 Orangeriestraße, Knoten am Hanfgarten/Anhalter Straße in Mosigkau wurden öffentlich ausgeschrieben. Der Auftrag wurde an die Strabag AG, Niederlassung Dessau-Roßlau vergeben. Nach Vorlage aller erforderlichen Genehmigungen soll am 17. März mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die notwendigen Baumfällarbeiten wurden im Februar abgeschlossen.

Die Maßnahme Ausbau Eduardstraße im Sanierungsgebiet Dessau-Nord begann am 3. März und soll laut Vertrag am 30. Mai diesen Jahres abgeschlossen sein. Derzeit werden z. B. Straßenaufbruch und Leistungen zum Auswechseln der Trinkwasserleitung sowie weitere Arbeiten für die DVV ausgeführt. Weil die Bauleistungen gemeinsam für die DVV, DWG und die Stadt Dessau-Roßlau ausgeführt werden, sind umfangreiche Koordinierungsarbeiten erforderlich. In der geplanten kurzen Bauzeit wird an mehreren Losen gleichzeitig gearbeitet, wobei es zu kurzzeitigen Einschränkungen und auch Behinderungen für die Anwohner kommen kann. Herr Koschig bat schon hier um Verständnis.

Zu den kulturellen und sportlichen Ereignissen berichtete Herr OB Koschig über das am 15. Februar stattgefundene 7. Internationale Springermeeting in der Anhalt-Arena. Diese Veranstaltung war quasi der Abschluss des Dessau-Roßlauer Sportwinters mit 6 hochkarätigen, internationalen Sportereignissen, die insgesamt von über 12.000 Zuschauern besucht wurden. Sieger waren der Deutsche Meister Tim Lobinger mit der bemerkenswerten Leistung von 5,70 m im Stabhochsprung und beim Hochsprung der Damen die Nigerianerin Landesmeisterin Doreen Amaka. Zu dieser Veranstaltung waren 1.815 Zuschauer gekommen. Über das Sichtungsturnier im Basketball für die Mädchen U16 habe er eingangs schon berichtet. Vertreter aus 8 Bundesländern waren am vergangenen Wochenende in unsere Stadt gekommen. Die Jugendherberge war damit komplett ausgebucht und man habe sehr viel Lob erhalten von den Gästen aus der ganzen Bundesrepublik.

Im Bereich der Kultur erinnerte er an den großen Karnevalsumzug am 3. Februar, welcher einer der schönsten Umzüge, die wir bisher in unserer Stadt erleben konnten, war. Sehr erfolgreich war auch wieder das Kurt-Weill-Fest, das inzwischen 16. in unserer Stadt. Über 9.000 Gäste aus dem In- und Ausland haben die mehr als 30 Veranstaltungen, nicht nur in unserer Stadt, auch in der Region, besucht. Sie fanden eine große Resonanz in den Medien und viele Veranstaltungen erhielten auch hervorragende Kritiken. An dieser Stelle bedankte sich Herr OB Koschig ganz herzlich bei dem Intendanten Klemens Birnbaum und seiner Mannschaft, die Hervorragendes organisieren konnten.

Am 8. März fand dann auch die turnusmäßige Mitgliederversammlung der Kurt-Weill-Gesellschaft statt. Nachdem der langjährige Präsident Hubert Ernst nicht mehr für die Wahl zur Verfügung stand, wurde zum neuen Präsidenten Thomas Markworth gewählt. Herr Koschig gratulierte ihm herzlich zu seinem neuen Amt und wünschte ihm viel Erfolg bei der Führung der Kurt-Weill-Gesellschaft in unserer Stadt.

Ein viel beachtetes Echo, nicht nur in unserer Stadt, fand die Fernsehübertragung des Bundes-Vision-Song-Kontest aus Hannover am 14. Februar, wo die Band Down Below

aus unserer Stadt den 3. Platz erringen konnte und so auch den Namen der Stadt einem ganz anderen Publikumskreis bekannt gemacht hat.

Am 1. März fand im Anhaltischen Theater das Preisträgerkonzert des Regionalwettbewerbs „Jugend musiziert“ statt. Hier hatten die jungen Leute die Möglichkeit, sich ihrem Publikum zu präsentieren, bevor es zum Landeswettbewerb ging, wo auch gute Ergebnisse erzielt werden konnten. Herr Koschig sprach allen eine Einladung zum Preisträgerkonzert am 16. März, 16.00 Uhr, in der Marienkirche aus.

Am 7. März wurde unser zweites Mehrgenerationenhaus, die Ölmühle in Roßlau, eingeweiht. Er dankte allen ehrenamtlichen Helfern des Ölmühle-Vereins für die tolle Veranstaltung. Auch hier habe man ein gutes Medienecho gefunden.

Vorgestern fand die Amtseinführung des neuen Landgerichtspräsidenten, Herrn Theodor Müller, offiziell durch die Justizministerin statt. Dieser ist schon eine ganze Weile in unserer Stadt tätig. Er war dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes und gleichzeitigen Präsidenten des Landesverfassungsgerichtes, Herrn Schubert, sehr dankbar, da er bei seiner Begrüßungsrede etwas ausführlicher über den Wert von Statistiken gesprochen und gerade bei der Bewertung von Justizeinrichtungen darauf hingewiesen hatte, dass die Statistiken nicht alles sind und gerade die Qualität der Gerichtsbarkeit in unserer Stadt im Allgemeinen und besonders des Landgerichtes Dessau-Roßlau in ganz besonderer Weise würdigte.

Am vergangenen Samstag fand eine Demonstration der NPD in unserer Stadt statt, die, wie man sicherlich auch den Medien entnommen habe, von uns nicht verhindert werden konnte. Man habe ein Verbot ausgesprochen, habe dann aber beim Verwaltungsgericht und bei der Berufung im Oberverwaltungsgericht unsere Auffassung nicht durchsetzen können. Im Besonderen wurde durch uns als Begründung für das Verbot das gerade stattfindende internationale Kurt-Weill-Fest herangezogen. Es fanden dann eine Veranstaltung auf dem Theatervorplatz und ein Schweigemarsch durch unsere Stadt unter dem Motto „Bunt statt braun“ mit einer guten Resonanz statt. Am Vorabend des 7. März wurde in der Pauluskirche ein Gedenkgottesdienst aus Anlass der Wiederkehr der Zerstörung unserer Stadt am 7. März 1945 durchgeführt.

Der Abschluss des 1. Masterstudienganges für Membrane Strukturen an der Hochschule Anhalt und Bauhausstadt mit der Übergabe der Masterurkunden, Verleihung des Titels Artgenier sowie die feierliche Immatrikulation der Studenten des 3. Masterstudienganges fanden am vergangenen Sonntag statt. Dies ist der einzige Studiengang dieser Art weltweit. Zurzeit sind 43 Studenten aus 31 Nationen in unserer Stadt eingeschrieben, er ist also ein sehr erfolgreicher Studiengang, der auf weltweite Resonanz stößt, und ein besonderer Beitrag zur Weltoffenheit und Toleranz in unserer Stadt.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Stadtratssitzung wurden folgende nichtöffentliche Beschlüsse gefasst:

- Verkauf der kommunalen Immobilie Ferdinand-von-Schill-Straße 8
- Europaweite Ausschreibung Bioabfallverwertung
- Änderung der Beschlussvorlage Nr. 23/2007, Aufhebung eines Erbbaurechtsvertrages und Verkauf des Grund und Bodens an den ehemaligen Erbbaurechtsnehmer.

5. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen gestellt.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Knop, DVU, verwies darauf, dass das vergangene Wochenende einmal mehr gezeigt habe, dass selbstherrlich und undemokratisch Verantwortliche der Stadt zu Willkür und offenem Rechtsbruch bereit seien. Man habe es Einwohnern und Gästen der Stadt verbieten wollen, des alliierten Bombenterrors zu gedenken, nur weil diese Demonstranten eine andere Meinung haben, weil sie ihr Grundrecht in Anspruch nehmen wollen, gegen eine Politik des Vergessens und der Verhöhnung deutscher Offiziere auf die Straße zu gehen.

An dieser Stelle unterbrach **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, den Redner und verwies auf den Tagesordnungspunkt Anfragen und Informationen, in dem es um sachliche Anfragen an die Verwaltung oder um Informationen gehe, nicht aber um Bewertungen.

Aus den vorab genannten Gründen fragte Herr Knop die Verantwortlichen der Verwaltung, wer denn die Verfassungsfeinde in dieser Stadt seien und vom Verfassungsschutz beobachtet werden müssten, wenn sie sogar Rechtsbruch begehen, nur um anders denkende Menschen zu diskriminieren. Ihr politisches Handeln werde nicht für, sondern gegen das freie Wort geführt wird, wenn sie mit Mitteln des totalitären Staates anders Denkende kriminalisieren, diskriminieren und grundgesetzwidrig eine Kundgebung verbieten wollen.

Auf diese Frage werde er nicht antworten, weil sie einen Wortschatz enthalte, der nicht der seine ist, entgegnete **Herr Bürgermeister Koschig**.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, regte an, in den nächsten Monaten mit der CDU gemeinsam über das Thema Gesundheit, Ernährung, Bewegung zu diskutieren. Sie wolle hier niemanden belehren und auch nicht über Gewicht reden, aber Politik habe eine gewisse Aufgabe, Politik muss kommunale Verantwortung tragen für die Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit seiner Bürger. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die durchaus volkswirtschaftliche Auswirkungen hat, in welchem Gesundheitszustand sich unsere Bevölkerung befindet. Latent weiß jeder, dass es zuviel Gewicht in unserer Bevölkerung gibt. Das bekomme man inzwischen durch Forschungsergebnisse, Mitteilungen und Forschungsberichte auch schriftlich an die Hand. Es ist also genau der Zeitpunkt, wo Politik seiner Aufgabe nachkommen müsste und über die Prioritäten der eigenen Finanzmittelausgabe nachdenken muss, auch über ein Reagieren. Man müsse sich einfach damit beschäftigen. Auf Hinweis des Stadtratsvorsitzenden auf den Tagesordnungspunkt, führte Frau Lohde weiter aus, sie sehe das unter den Punkt Informationen. Sie wolle darüber informieren, dass die CDU-Fraktion den Prozess anschieben und in den nächsten Monaten gemeinsam mit der Verwaltung neue Prioritäten setzen möchte. Sie lade herzlich alle ein, dies gemeinsam zu tun.

Erwidernd führte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**, aus, er habe vor wenigen Tagen den Standpunkt der CDU-Fraktion erhalten. Herr Oberbürgermeister Koschig habe ihn gebeten und beauftragt, sich dieser Dinge anzunehmen und mittelfristig aufzunehmen, da das ein wichtiges Thema ist, was man insgesamt in diesem Hause weiter besprechen sollte. Man sei schon auf dem richtigen Weg. Mit der Sekundarschule Zoberberg, die man am 28.03.2008, 13.00 Uhr, eröffnen wolle (die Einladungen werden in den nächsten Tagen überreicht), werde in Zusammenarbeit mit unserem Städtischen Klinikum ein Beispiel gesetzt. Diese Schule wurde ausgezeichnet und anerkannt als Gesundheitsfördernde Schule. Man werde diese Probleme und Erfahrungen einfließen lassen in die Arbeit aller Schulen. Sowohl unser Gesundheitsamt, als auch künftig aus dem Sozialdezernat wolle man sich im Auftrag des Stadtrates und gemeinsam mit dem Stadtrat dieser Aufgabe widmen.

Frau Müller, SPD-Fraktion, überreichte im Auftrag des Bürgermeisters und des Präsidenten des CCC, Karnevalsclub Calpe in Spanien, zwei Orden an Herrn Oberbürgermeister Koschig. Dies sei verbunden mit dem Wunsch, dass Herr OB Koschig im nächsten Jahr eine Reise dorthin unternimmt.

Sich auf den ausgereichten Hochwasserschutzbericht beziehend, wies **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, auf die in Waldersee noch offene Maßnahme hin, welche im Plan der noch offenen Maßnahmen fehlen. Auch wenn es nur ca. 100 m sind, wissen alle, dass es mit dem Mühlengebäude, mit der Ruine der Mühle, dem angrenzenden Deich und der Brücke eine sehr komplizierte Maßnahme ist. Es war zugesagt worden, dass Ende 2007 das Gutachten über die Standsicherheit des Gebäudes sowie Ende 2008 die Planung vorliegen sollen. Ende 2009 sollte die Fertigstellung sein. Nach wie vor erscheine dieser Zeitraum sehr lang, weil in dieser Zeit sehr viel passieren könne. Er bat darum, dass diese Maßnahme wenigstens als solche im Maßnahmeplan erhalten bleibt.

Ergänzend zum Thema Hochwasserschutz bemerkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dass die nächste Sitzung des Hochwasserausschusses für Anfang April geplant ist. Er bat um Einreichung von Themen, wenn Bedarf besteht, direkt an Herrn Müller oder an ihn. An Herrn Gröger gewandt, stellte er die Frage, ob die vom Ortschaftsrat Waldersee ins Spiel gebrachte Variante zur 2. Muldebrücke, nämlich eine entsprechende Aufweitung an der jetzigen Stelle mit Einrichtung vielleicht eines Kreisverkehrs und vor allem Lösung der Einfahrproblematik aus Richtung Waldersee in Richtung Stadt mit bedacht worden ist. In der Presse war zu lesen, dass jetzt Planungsgelder für die Fortsetzung der Nordumgehung über die Mulde hinaus freigegeben wurden. Er bat um Ausführungen, ob die Variantenidee mit abgeprüft wurde.

Man sei noch längst nicht in der Ausführungsplanung, sondern mit dem, was man erreicht habe, sei sichergestellt worden, dass das Land, und damit meine er das Landesamt für Denkmalpflege, das Bauministerium, das Wirtschaftsministerium, das Kultusministerium und das Landwirtschaftsministerium die Kreuzung der Wasserstadt mit einer Verbindung von der B 185 für eine 2. Muldebrücke mit tragen, entgegnete **Herr BM Gröger**. Es bleibt, das Planfeststellungsverfahren, und nur darum gehe es bei der weiteren Planung, zu erarbeiten und es in eine erneute Offenlage zu geben. Da bislang aus verschiedenen Interessengruppen keine Zustimmung erfolgt ist, um überhaupt die Wasserstadt zu kreuzen und damit an eine zweite Muldebrücke heranzugehen, habe man damit eine Lösung, die durch das Land getragen wird.

Parallel dazu ist man über das Landesministerium mit dem UNESCO-Büro in Paris in Verbindung, weil nicht abzustreiten ist, dass wir bei der Kreuzung einen Eingriff in das Weltkulturerbe vollziehen. Das abzustreiten mache keinen Sinn, weil in dem parallel dazu in Bearbeitung befindlichen Rahmenplan des Denkmalpflegeplanes des Kulturerbes diese Dinge berücksichtigt werden. Mit dem Planfeststellungsverfahren werden dann Einzelheiten der Gestaltung festgelegt, so auch, ob wir letztendlich den Kreisel bauen. Wir haben die technische Machbarkeit an einem Punkt festgelegt, der konsensfähig ist, die Wasserstadt an dieser Stelle zu kreuzen, was in den letzten 12 Jahren nicht möglich war. Das ist jetzt möglich geworden. Das Land trägt es mit allen seinen Einrichtungen, nicht mehr und nicht weniger. Was teilweise in den Leserbriefen hineininterpretiert wird, sei viel zu früh und überzogen. Hier werden schon Dinge und Horror-szenarien dargestellt, die überhaupt noch nicht geplant sind. Man habe die grundsätzliche Zustimmung, dass wir an dieser Stelle nicht ins Leere planen, sondern eine Planfeststellungsunterlage erarbeiten, die diskussionsfähig ist.

Das beantworte die Frage nicht ganz, verdeutliche aber, warum jetzt Planungen angeschoben werden, erwiderte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Er sei nach wie vor der Meinung, dass man diese Brücke an dieser Stelle überhaupt nicht brauche. Daraufhin mahnte **Herr Gröger**, so etwas nicht immer wieder in Frage zu stellen. Es gebe einen Auftrag dieses Hauses im Verkehrsentwicklungsplan, wie sich die Stadt verkehrlich zu entwickeln hat. Das vollziehe die Verwaltung.

Herr Giese-Rehm appellierte an die Stadträte, bei solchen Entscheidungen auch geändertes Bewusstsein und neue Informationen, etwa über die Entwicklung unseres Klimas, mit einzubeziehen. Man brauche nicht darüber zu streiten, dass der Straßenverkehr einen erheblichen Teil dazu beiträgt. Wenn nicht jetzt sofort, aber zumindest für die Zukunft. Weiterhin stellte er die Frage, wie der Stand der Bearbeitung des Antrages „Soziale Stadt“ ist. Es gehe gezielt um die Förderung der weiteren Maßnahmen im Raum „Leipziger Tor“.

Im Zusammenhang mit der Antragstellung „Soziale Stadt“ sind drei Vorhaben beantragt worden, führte **Herr BM Gröger** aus. Davon sind zwei bestätigt, der Wohninnenhof des Modernisierungskarrees und das Schülerfreizeitzentrum in der Rennstraße. Das Problem besteht darin, noch keinen bestätigten Haushalt zu haben. Demzufolge könne an diesen Dingen nicht gearbeitet werden. Man habe aber die Lösung gefunden, in die Haushaltsdiskussion hineinzugehen mit den Eigenanteilen für die Finanzierung dieser drei Objekte im Rahmen der „Sozialen Stadt“. Auf die Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm**, ob das vom Bauausschuss oder einem Beirat begleitet wird, erklärte Herr BM Gröger, dies laufe wie der Stadtumbauprozess und sei jedes Mal Gegenstand im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Man schreibe die Konzepte fort und im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes werden auch die Dinge der „Sozialen Stadt“, die sich im urbanen Kern unserer Stadt abspielen, mit abgehandelt.

Abschließend informierte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, darüber, wie man aus der Zeitung entnehmen konnte, arbeite man im Kiez an der Unterstützung einer Ferienmaßnahme für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Warum Kinder nicht in die Ferien fahren können, habe ganz unterschiedliche Gründe. Es wurden Briefe für die Stadträte vorbereitet, welche er noch verteilen werde. Herr Giese-Rehm verwies auf eine Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Kin-

derarmut in Sachsen-Anhalt. Die darin enthaltene Statistik, auf die man sich in dem Brief beziehe, sage aus, dass in Dessau 2.000 Kinder von Kinderarmut betroffen sind. Das sei eine unvorstellbare Zahl. Wenn das Geld zusammenkommt, könne man maximal 100 Kinder in diesem Jahr in die Ferien schicken.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf einen Brief der Gewerkschaft verdi. mit einem Vereinbarungsentwurf, in dem die Gewerkschaft und damit auch Teile der Personalvertretung dieses Hauses sich anbieten, im Rahmen der Konsolidierung eine Partnerschaft einzugehen. Er stellte die Frage, ob dieser Vertragsentwurf an alle Fraktionen ausgereicht wurde. Ergänzend auf die Frage von Herrn Giese-Rehm führte Herr Schönemann aus, man werde mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, ähnlich wie es in Roßlau mit einer Erforschung der Situation vor Ort gemacht wurde, das auch in Dessau so machen. Er lade dann zu diesem Vor-Ort-Termin ein. Dort werde u. a. das Beispiel „Soziale Stadt“ eine Rolle spielen.

Herr OB Koschig erwiderte, es habe ein Gespräch mit DGB-Vertretern des verdi-Ortsverbandes gegeben. Sie haben im Zusammenhang mit unseren Konsolidierungsbemühungen im Haushalt ihre Mitarbeit angeboten, vor allem was die Potenzialstudie, die er in seinem Bericht erwähnte, betrifft. Darüber sei er sehr dankbar und habe das den Kollegen auch erläutert, aber darauf verwiesen, dass es einen Lenkungsausschuss gibt, der auch im Hauptausschuss beschlossen wurde. Er habe über das Angebot im Hauptausschuss berichtet, dass wir momentan eine von Verwaltung und politischen Raum getragene Lenkungsgruppe bilden, hier zunächst an die Arbeit gehen, es aber für die Beteiligung noch zu früh ist. Es werden auch in der Lenkungsgruppe die Geschäftsführer nicht beteiligt, so dass es keinen Sinn ergeben würde, die Personal- und Betriebsräte zu beteiligen, wenn die Geschäftsführung nicht dabei ist. Zunächst sind die Verwaltungsspitze und der politische Raum miteinander im Gespräch. Wenn man sich soweit erst einmal ein Bild gemacht habe, werde man die Personal- und Betriebsräte mit beteiligen, genauso wie die Geschäftsführung der betroffenen Unternehmen. Dazu gibt es auch ein Antwortschreiben an die Gewerkschaft. Er habe dankenswerter Weise von der CDU-Fraktion von dem Schreiben der Gewerkschaft Kenntnis bekommen und habe dies zum Anlass genommen, den Vereinbarungsentwurf der Gewerkschaften den anderen Fraktionen zur Kenntnis zu geben.

Das Anliegen von Herrn Peters, Ortsbürgermeister von Sollnitz, vom Ortschaftsrat sowie von einer Bürgerversammlung von 15 Personen brachte **Frau Storz, 2. stellv. Stadtratsvorsitzende**, vor, mit der Bitte um Unterstützung seitens der Verwaltung. Thema ist die Anbindung der Ortschaft Sollnitz an das Datennetz DSL durch T-System oder die DATEL. Gewerbetreibende, Handwerker und Schüler führten Beschwerde beim Ortschaftsrat wegen fehlender Anbindung der Ortslage an die Datenleitungen DSL/TDSL/UMTS und schwachem Handynet. Der Internetbetrieb sei in der gesamten Ortslage sehr stark eingeschränkt. Betriebliche Software-Systeme laufen nur eingeschränkt und stark verlangsamt. Lkw-Software Deutz, die normalerweise in 10 Minuten auf dem Computer herunter geladen ist, dauert in Sollnitz 5 Stunden, so berichtet eine Lkw-Werkstatt. Schüler können das Internet nicht wie ihre Mitschüler in anderen Ortslagen nutzen. Gewerbetreibende fahren für ihre Internetpost in den Nachbarort oder in den Wald. Nachfragen des Ortschaftsrates, insbesondere des Herrn Nowak ergeben, dass die Investition eines solchen Anschlusses einer gesamten Ortslage Sollnitz seitens der Datennetzbetreiber in Angriff genommen werden würde, wenn die Stadt Dessau-Roßlau mit ihrer Verwaltungsspitze in den Prozess der Investitionsplanung eine solche

Anforderung einbringen würde. So die Information T-Systems. Der Ortschaftsrat und seine 266 Bürger, die auch potentielle Kunden vielleicht von DATEL sind, hegen nun die Hoffnung, dass ein neuer Anlauf nötig und hilfreich wäre und bitten um Unterstützung, zumal mittlerweile alle umliegenden Ortschaften (Kleutsch, Möhlau) die schnellen Datenleitungen besitzen. (Das Original des Schreibens wurde dem OB übergeben.)

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf ein Gespräch mit dem Ausländerbeauftragten, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, dass das Land eine 90-%ige Förderung einer sog. Koordinierungsbeauftragten für Integration in Aussicht gestellt hat. Er stellte die Frage, ob diesbezüglich schon etwas im Haushalt eingestellt worden ist und wie die Auswahl der Stelle passieren soll.

Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Auf die Anfrage von Herrn Ehm zurückkommend, bestätigte **Herr BM Gröger**, im Zusammenhang mit den Hochwasseranlagen, den Planungen und Ausführungen stimme dessen Wahrnehmung. Das LHW habe erheblich nachgelassen in der Dichte der Abfolge der notwendigen Planungen, als auch in der Umsetzung. Aus diesem Grunde finde am 26.03.2008 eine Beratung mit dem stellvertretenden Leiter des LHW, Herrn Dr. Uhlmann, in Dessau statt. Anschließend werde man darüber berichten, inwieweit die Mittel für die Erledigung der Aufgaben, die in Dessau noch offen sind, vorzugsweise eingesetzt werden können. Darunter falle auch das Schließen der Gefahrenstelle der Hochwasseranlage im Bereich Jonitzer Mühle.

7. Beschlussfassungen

7.1 Neuwahl der Dessauer Vertreter für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg Vorlage: DR/BV/030/2008/I-12

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, legte dar, es handele sich hier um eine Wahl, bei der es einmal um die Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung und dann um deren Stellvertreter geht. Für die Vertreter, die eigentlichen Entscheidungsträger, haben sich 5 zur Wahl gestellt. Bei der Wahl hat jeder Stadtrat 4 Stimmen. Das Procedere müsse im schriftlichen Verfahren erfolgen.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel und die Wahlhandlung.

Nach der Auszählung der Stimmzettel durch die Zählkommission wurde folgendes Ergebnis bekannt gegeben:

Frau Lohde, Fraktion der CDU	26 Stimmen
Herr Pätzold, Fraktion Die Linke	23 Stimmen
Herr Eichelberg, Fraktion der SPD	22 Stimmen
Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen	31 Stimmen
Herr Gehrt, FDP	24 Stimmen

Demnach wurden als **Vertreter** Herr Dr. Weber, Frau Lohde, Herr Gehrt und Herr Pätzold für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg gewählt.

Herr Dr. Exner verwies darauf, dass 18 Stadträte nicht alle ihnen zur Verfügung stehenden Stimmen abgegeben haben. Dadurch ist die Summe der Stimmen 126 und nicht 160, wie es eigentlich sein müsste. Das sei also überprüft und in Ordnung.

Man müsse nun nach dem Landesplanungsgesetz auch die Stellvertreter wählen. Als Stellvertreter sind vorgesehen: Herr Ehm, CDU-Fraktion, Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, Herr Bähr, FDP-Fraktion.

Es ergebe sich folgende Konstellation. Es könnte passieren, dass bei diesem Wahlgang ein Stellvertreter gewählt wird, der keinen seiner Fraktion zugehörigen Vertreter entsendet. Zum Bsp. könnte es sein, dass die Vertreterin der CDU einen Verhinderungsvertreter von der Fraktion Die Linke bekommt. Angesichts dessen schlage das Präsidium folgendes Procedere vor: Man wählt jetzt die Stellvertreter in getrennten Wahlgängen durch öffentliche Akklamation und zwar werden diejenigen Vorschläge aufgerufen, die zu den entsprechenden Fraktionsvertretern aus dem 1. Wahlgang passen.

Wenn sich gegen diese Verfahrensweise kein Widerstand regt, würde man so verfahren.

Es gab keine Wortmeldung und Herr Dr. Exner verlas die Namen der gewählten Vertreter entsprechend der Reihenfolge auf dem Stimmzettel:

Gewählt war für die CDU Frau Lohde. Als Stellvertreter ist vorgeschlagen Herr Ehm. Herr Exner ließ darüber abstimmen und bat um das Handzeichen, ob Herr Ehm als Stellvertreter für Frau Lohde fungieren kann. **Herr Ehm wurde mehrheitlich gewählt (36:00:04).**

Als Stellvertreter für Herrn Pätzold wurde Herr Schönemann, Fraktion Die Linke vorgeschlagen. **Herr Schönemann wurde mehrheitlich als Stellvertreter gewählt (37:00:03).**

Für die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen ist Herr Dr. Weber gewählt worden. Als Stellvertreter wurde **Herr Dr. Schmidt** vorgeschlagen. Dieser wurde **mehrheitlich als Stellvertreter gewählt (32:00:08).**

Für die FDP-Fraktion ist Herr Gehrt gewählt und als dessen Stellvertreter Herr Bähr benannt worden. **Herr Bähr wurde als Stellvertreter mehrheitlich (37:00:03) gewählt.**

Die Vorlage wurde mit den erreichten Ergebnissen der Wahl und der Abstimmung beschlossen. **Abstimmungsergebnis:** 39:01:00

Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, wurde das Wort erteilt für eine persönliche Erklärung. Er führte aus, mit dem Verfahren ein Problem zu haben. Es wurden als Vertreter Personen gewählt und nicht Fraktionen. Somit hätte auch bei den Stellvertretern eine geheime Wahl durchgeführt werden müssen, unabhängig von dem Ergebnis der Wahl der Vertreter hinsichtlich ihrer Fraktionszugehörigkeit. Er bitte darum, dies vom Rechtsamt prüfen und den Mitgliedern des Stadtrates diesbezüglich eine Information zukommen zu lassen.

Im Vorfeld der Sitzung habe sich das Präsidium mit Herrn Westhagemann vom Rechtsamt zu dieser Verfahrensweise abgestimmt, erwiderte **Herr Dr. Exner**. Dennoch werde eine entsprechende Stellungnahme des Rechtsamtes erfolgen. Jedoch verweise er darauf, dass er vor Beginn der Abstimmung eindeutig das Procedere beschrieben und gefragt hat, ob jemand gegen diese Verfahrensweise etwas einzuwenden hat. Das Rechtsamt werde aber prüfen und eine entsprechende Stellungnahme abgeben.

7.2 Entsendung von 2 Vertretern des Stadtrates Dessau-Roßlau in den Verein "Naturpark Fläming e.V."
Vorlage: DR/BV/031/2008/I-12

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, verwies darauf, dass für die Entsendung **Herr Rumpf, CDU-Fraktion** und **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, vorgeschlagen sind.

Herr Rumpf und Herr Dr. Weber wurden in den Verein „Naturpark Fläming e.V.“ entsandt.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.3 Feststellung der Jahresrechnung 2006 der Stadt Roßlau
Vorlage: DR/BV/271/2007/I-14

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

7.4 Entlastung des Bürgermeisters der Stadt Roßlau für das Jahr 2006
Vorlage: DR/BV/272/2007/I-14

Herr Oberbürgermeister Koschig erklärte sich befangen und nahm an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.5 Feststellung der Jahresrechnung 2006
Vorlage: DR/BV/280/2007/I-14

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf Seite 2 der Anlage 3 zur Beschlussvorlage. Bei Ausgaben im Verwaltungshaushalt findet man den Titel 5 Gesundheit, Sport und Erholung, in dem nach seiner Rechnung die Differenz zwischen Ansatz und Ergebnis nicht 25.846,61 sei. Das treffe auch zu für den Punkt 8. Die Differenz im Punkt 5 von 166.928,91 sei ein erheblicher Unterschied zu dem vorliegenden Text und könne so nicht beschlossen werden.

Darauf entgegnete **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**, es sei nur eine Erläuterung des Rechnungsprüfungsamtes. Das Rechnungsprüfungsamt habe

einen Vergleich dargestellt, in dem es durchaus möglich sei, dass sie sich dabei verrechnet haben. Die Zahlen im Haushaltsansatz und das Rechnungsergebnis stimmen aber, weshalb die Jahresrechnung festgestellt werden könne. Die Anlagen dienen nur zur Erläuterung und werden nicht beschlossen.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, stellte fest, dass die Anlage 3 in korrigierter Form nachgereicht wird. (Siehe Anlage zur Niederschrift)

Die Nachreichung sei akzeptabel, jedoch stelle sich die Frage, ob sich daraus irgendwelche Konsequenzen ergeben, bemerkte **Herr Giese-Rehm**. Das wurde von Frau Nußbeck verneint. Herr Giese-Rehm erklärte, man könne große Zahlen zusammenschreiben und stimmig machen. Wenn jedoch der Hintergrund nicht stimme, tun sich zunächst Zweifel auf. Er soll es mit seiner Zustimmung unterschreiben, was Konsequenzen für den weiteren Verlauf habe. Eine ordentliche Jahresabrechnung sei die Voraussetzung für die Entlastung des Oberbürgermeisters.

Die Jahresrechnung sei ordentlich erstellt und die Zahlen der Jahresrechnung stimmen, betonte **Frau Nußbeck**. Das Rechnungsprüfungsamt habe versucht, einen Vergleich darzustellen. In dieser Erläuterung habe man einen Rechenfehler, nicht aber in der Jahresrechnung. Darauf stellte Herr Giese-Rehm für sich klar, dass die Korrektur nachgereicht werde, aber heute nicht Gegenstand des Beschlusses ist.

Da auch seitens des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses keine Bedenken geäußert wurden, brachte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, die Vorlage zur Abstimmung.

Der Beschluss zur Feststellung der Jahresrechnung 2006 wurde gefasst.

Abstimmungsergebnis: 34:00:03

7.6 Entlastung des Oberbürgermeisters für das Jahr 2006

Vorlage: DR/BV/285/2007/I-14

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, und **Herr Oberbürgermeister Koschig** erklärten sich **befangen** und nahmen an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil. **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, machte darauf aufmerksam, dass Herr OB Koschig für das Jahr 2006 mit abstimmen könne.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:02

7.7 Prozess für die Aufstellung eines Leitbildes für die Stadt

Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/BV/153/2007/I-80

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, führte aus, es gebe natürlich nichts gegen den Prozess zur Aufstellung eines Leitbildes. Bedenklich stimme aber, dass man trotz des schwierigen Haushaltes einen nicht unerheblichen Betrag aufwendet, ohne letztendlich ein konkretes Ziel zu haben und ohne vorher genau zu

wissen, wofür man ihn verwenden will. Das lasse sich der Vorlage so nicht entnehmen, so dass er damit deutliche Schwierigkeiten habe. Man rede über 45 T€, die man angesichts der Haushaltslage, so wie der Vorschlag jetzt formuliert sei, nicht ohne weiteres einstellen könne. Die Begründung sei an dieser Stelle relativ schwammig. Beispielsweise wolle man Teilleitbilder entwickeln, um diese dann zu einem Gesamtleitbild zusammenzuführen, was zu dünn sei.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, legte dar, man sehe die Vorlage als nun endgültigen Beginn des Leitbildprozesses. Sie verweise darauf, dass man sowohl für die Erstellung des Einzelhandelsgutachtens als auch des Zentrenkonzeptes sehr wohl professionellen Beistand und Moderation geholt habe. Man sollte das erst recht tun, wenn es um die Gesamtstadt und das Leitbild geht. Dafür brauchen der Stadtrat und die Stadt eine Moderation, wofür das Geld gut angelegt wäre. Von diesem Prozess rede man immerhin seit einem halben Jahr, man sollte ihn jetzt angehen. So sei die Vorlage zu verstehen.

Die Fraktion der CDU **schlage vor**, aus dem Ablauf des Leitbildprozesses (Grafik im Pkt. 2.1) die Initiative Kreisfreies Oberzentrum Dessau-Roßlau zwischen dem Stadtrat und der Koordinierungsgruppe zu streichen. Es gehört erstens nicht an diese Stelle und zweitens sei klar, dass man die Koordinierungsgruppe mit einbezieht, aber dann mit in die Arbeitsgruppen, das habe man auch immer gesagt. Damit ist sie in der Grafik fehl am Platze.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf die intensive Diskussion zur Vorlage im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus. Auf Herrn Bönecke eingehend, bemerkte er, die eingestellte Summe für eine externe Begleitung in Höhe von 35 T€ sei für 20 bis 25 Termine plus Vorberatung, Nachberatung und inhaltliche Arbeit. Das seien Tagessätze im normalen Rahmen. Auf der Seite 6 sei schon genau beschrieben, wie viele Termine und welche Aufgaben die externe Begleitung übernehmen soll. Das habe man im Ausschuss nie als „nicht angemessen“ beurteilt. Deshalb plädiere er dafür, dieser Vorlage zuzustimmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führte aus, er habe keine Beanstandung bezüglich des Piktogramms, wo es um die Initiative zur Stärkung des kreisfreien Oberzentrums geht. Es sei sicherlich ein Diskussionspunkt auch im Hauptausschuss gewesen, inwieweit die Initiative in dieser Richtung berücksichtigt wird. Er sage aber mit Nachdruck, dass er nach wie vor für dieses Positionspapier dankbar ist, was durch die freiwillige Arbeit eines recht großen und breiten Spektrums der Bürgerschaft erarbeitet worden ist. Dafür sprach er nochmals den Dank aus. Sie entsprechend zu platzieren und in den Prozess einzubinden, sei notwendig und erforderlich und würde auch die Arbeit der Personen entsprechend respektieren und berücksichtigen. Allerdings habe er ähnliche Probleme wie Herr Bönecke. Es gehe nicht darum, dass Leute Geld erhalten, was ihnen nicht zusteht. Es gebe vielleicht ein Problem, da es tatsächlich an Zielstellungen in diesem Papier fehle. Insofern sei das Geld nicht zielorientiert ausgegeben. Man könne es vielleicht noch nachholen. Er sei auch dankbar, dass dieser Prozess nun beginnt.

Auf die Frage des Stadtratsvorsitzenden, ob es einen formellen Änderungsantrag geben soll, erklärte sich **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, mit einer Protokollnotiz einverstanden.

Die Vorlage wurde in der vorgelegten Form abgestimmt und beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:00:09

7.8 Stellungnahme der Stadt Dessau- Roßlau zum Bericht über die vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Dessau
Vorlage: DR/BV/012/2008/V-51

Da Herr Weber krankheitsbedingt nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen konnte, trug im Auftrag seines Fraktionskollegen **Herr Trocha, CDU-Fraktion**, dessen Anliegen vor, welches folgendes beinhaltete:

Der Beschluss der Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau (erarbeitet vom Jugendamt) zum Bericht des Landesrechnungshofes sollte vertagt werden. Die Stellungnahme ist unzureichend und die Feststellungen des Landesrechnungshofes werden nur vage begründet zurückgewiesen. Im Einzelnen ist das

„1. die pauschalen Antworten des Jugendamtes, dass der Rechnungshof die Vermischung von Krippen und Kindergärten vorgenommen habe und dies zu Fehlinterpretationen führe, greifen nicht. Auch wenn nur die Kindergärten berücksichtigt werden, ergibt sich eine kostengünstigere Betreibung der Einrichtungen durch die freien Träger. Wenn nämlich nur die Kosten der Kindergärten auf die dort angemeldeten Kinder herunter gebrochen werden, sind die Kosten für die Stadt Dessau-Roßlau immer noch um ca. 7 % geringer bei den freien Trägern.

Dessen ungeachtet wäre zunächst eine weitere Stellungnahme beim Rechnungshof abzufordern, ob dieser der Darstellung des Jugendamtes folgen kann. Es ist allgemein üblich, dass vor der Erstellung eines Prüfberichtes ein Abschlussgespräch mit dem Landesrechnungshof stattfindet. Wenn das Jugendamt der Meinung ist, dass der Bericht diesbezüglich falsch ist, dann hätte dies im Vorfeld mit dem LRH geklärt werden müssen.

2. Dieselbe Aussage ist in Hinblick auf die erlassenen Elternbeiträge zu tätigen. Wenn der Landesrechnungshof falsch kalkuliert hätte, dann hätte dieses Missverständnis im Abschlussgespräch ausgeräumt werden können. Es erscheint zweifelhaft, dass der Rechnungshof diese Modalitäten unberücksichtigt gelassen hat. Das Jugendamt sollte die Berechnung anhand des Berechnungsmodus des LRH überprüfen und aussagen, ob dann die blanken Zahlen stimmen. Da der LRH im ganzen Land zu denselben Konditionen prüfen muss, ist zu fragen, ob das Jugendamt von falschen Berechnungsgrundlagen ausgeht.

3. Bei der Berechnung der Betriebsausgaben hat das Jugendamt zunächst eigene vergleichbare Zahlen vorzulegen. Wenn der Stadtrat die Stellungnahme beschließen soll, dann ist es Aufgabe der Verwaltung, selbst die Vergleichbarkeit des Zahlenwerkes herzustellen.

Nach den vorgenannten Feststellungen verbietet sich ein Beschluss über die Stellungnahme, bis das Jugendamt vergleichbare und belastbare Zahlen vorgelegt hat und bis der LRH noch einmal zu den Berichtszurückweisungen Gelegenheit hatte Stellung zu nehmen. Dies kann auch mündlich geschehen, sollte dem Stadtrat aber zur Kenntnis gelangen.“

In Erwiderung auf diesen Antrag führte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**, aus, es habe ein Abschlussgespräch mit dem Vizepräsidenten des Lan-

desrechnungshofes, Herrn Tracums, gegeben. Hier wurde dahingehend Übereinkunft erzielt, dass unsere dargelegte Stellungnahme auch den Erwartungen des Landesrechnungshofes Rechnung trage und die Darstellung sehr ausführlich gewählt und geprägt wurde. Dem Landesrechnungshof ging es darum, dass die Auswirkungen der Gesetzesänderungen generell hier dargestellt werden sollten. Im Ergebnis ist auch herausgekommen, deshalb ist im Beschlusstext auf den Punkt 2 abgehoben worden, dass das neue Kinderbetreuungsgesetz in diesem Zusammenhang die Kommunen schlechter stellt. Deshalb wurde in der letzten Stadtratssitzung auch beschlossen, dass die wirtschaftliche Betrachtungsweise der Kindertagesstätten in der Trägerschaft freier Träger und in kommunaler Trägerschaft bis 30.04.2008 abgeschlossen werden soll. Damit wird dieser Prozess weiter aufgegriffen und begleitet. Dann werde über den Hauptausschuss im Stadtrat berichtet. Mit dieser Antwort im Zusammenhang mit dem vorliegenden Material sei dem Anliegen Rechnung getragen.

Er teile zwar die rechnerische Darstellung von Herrn Trocha nicht, was die freien Träger betrifft, legte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dar, stimme aber der Verweisung zu. Das sei genau so eine Pauschalisierung, wie das von der anderen Seite vorgenommen wird. Er stellte an Herrn Wolfram die Frage, warum man das Ergebnis der Abstimmung mit der entsprechenden Stelle nicht als Anhang dieser Vorlage beigefügt habe. Aus diesem Grunde müsse er dem Antrag, wie von Herrn Trocha verlesen, Verweisung und Neuvorlage, beipflichten.

Herr Behrendt, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, legte dar, man habe als Amt diesen Prozess begleitet. Der Prüfbericht vom Landesrechnungshof wurde ebenfalls zur Kenntnis genommen und man habe die gleichen Probleme festgestellt, wie sie von Herrn Wolfram hier dargelegt wurden. Es wurden verschiedene Wertungen vorgenommen, die eigentlich nicht mit unseren überein gehen. Es wurde in dem Gespräch Konsens mit Herrn Tracums erzielt, dass hierzu eine Änderung erfolgen wird, was aber leider seitens des Landesrechnungshofes nicht passiert ist. Deshalb sei er auch der Meinung, man müsse von Seiten der Stadt auch auf unserem Stadtpunkt beharren.

Die Ausführungen des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes ergänzend, erklärte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**, es gab nach diesem von ihm genannten Erstgespräch in der Auswertung eine sog. zweite Ausfertigung, die die Endausfertigung war im Gesamttext von über 80 Seiten, was in den Fraktionen vorlag. Es sei so, dass nicht alle diese Feststellungen, die wir in der Erwiderung hatten, so korrigiert werden konnten. Jetzt sei angedacht, die Stellungnahme zu diesem Bericht mit einem Anschreiben des Oberbürgermeisters im Auftrag des Stadtrates zu versehen.

Er habe keine inhaltliche Kritik, da man diese schon hinreichend im Ausschuss geäußert habe, merkte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an, verweise aber auf drei Punkte, die von Seiten des Rechnungsprüfungsausschusses eingebracht wurden und sich auch hier wieder finden.

Erstens, was man auch schon beschlossen habe, wird zum 30.04.2008 die Gegenüberstellung Kostenaufwendungen, kommunale und freie Träger von der Verwaltung vorgelegt. Das sei ein klarer Termin, der sich hierin auch wieder findet. Das Zweite ist, dass man seit Monaten vertröstet wird, dass eine Finanzrichtlinie erarbeitet werden soll. Auch hier sei ein klarer Termin genannt, der 30.06.2008. Positiv erwähnen wolle er, dass die Hinweise und Wünsche aufgenommen wurden. Weiterhin habe man häufig gehört, ho-

her Krankheitsstand, weshalb die Verwendungsnachweise nicht abgeschlossen werden konnten. Hier ist auch darauf verwiesen worden, dass durch Einsatz von Amtshilfen das zum I. Quartal 2008 abgeschlossen werden soll. Damit sehe er als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses die wesentlichsten gegebenen Hinweise als aufgenommen an.

Auf seine Erfahrungen mit Prüfungsberichten verwies **Herr Bähr, FDP-Fraktion**. Er habe in seinem Leben eine Menge gelesen, eine Menge geschrieben und korrigiert. Bei diesem Prüfungsauftrag sage er persönlich – Thema verfehlt. Der Prüfungsbericht bezieht sich auf die Jahre 2002 und 2005, sei also „Schnee von vorgestern“. Man könne sich darüber streiten, ob die Stellungnahme der Stadt teilweise etwas zu hart, etwas zu weich, zu überspitzt ist. Er denke aber, sie ist o.k. so. Man könne es sich nicht erlauben, als selbstbewusste Stadt so vorgeführt und so am Thema vorbei in eine Richtung geschoben zu werden mit einer Analyse, die sehr fragwürdig ist. Von daher sollte man sich nicht damit belasten, das noch einmal über Ausschüsse und sonst etwas zu ziehen. Wir sollten die Stellungnahme so beschließen. Vielleicht bekomme man auch ein Antwortschreiben von Rechnungshof darauf, vielleicht sollte man sich dann auch damit befassen, aber mehr sollte man nicht tun. Wir sind selbstbewusst, haben eine eigene Entscheidung zu treffen und so viele andere Dinge zu tun.

Der **Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung** an den Rechnungsprüfungsausschuss wurde **zurückgezogen**.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:00:09

7.9 Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von einmaligen Leistungen gemäß § 23 Abs. 3 SGB II und § 31 SGB XII
Vorlage: DR/BV/342/2007/V-50

Einführend bat **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales**, um Kürzung des Beschlussvorschlages. Es müsse richtig heißen: „Die Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Leistungen für einmalige Beihilfen nach § 23 Absatz 3 SGB II und § 31 SGB XII wird beschlossen.“

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

7.10 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung der Erschließungsbeiträge
Vorlage: DR/BV/036/2008/VI-60

Herr BM Gröger verwies auf die hinreichende Behandlung der Vorlage in den Ausschüssen und darauf, dass die Vorlage vor der Fusion durch den Roßlauer und Dessauer Stadtrat bestätigt wurde. Es handele sich lediglich um die Namensänderung Dessau-Roßlau.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.11 Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen für die Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/039/2008/VI-60

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 39:00:01

7.12 Baumschutzsatzung Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/023/2008/VI-65

Wie bereits in den Fusionsgesprächen darauf hingewiesen wurde, ist die Stadt Dessau-Roßlau zunehmend im ländlichen Bereich anzusiedeln, legte **Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, dar. Für viele unserer Einwohner sei deshalb die Baumschutzsatzung recht unverständlich, weil hierin Privat- und Hausgärten ausschließlich ausgenommen werden. Wenn die Bürger entgegen der Baumschutzsatzung doch Bäume beschneiden, fällen usw., sind Strafen in Höhe von 2.500 € bis 50.000 € angedroht.

Diese Satzung sollte noch einmal überprüft werden. Es wird vorgeschlagen, sie nur für den öffentlichen Raum gültig zu machen, oder Privat- und Hausgärten mit in die Ausnahmeregelungen aufzunehmen. Er bat um Zustimmung für die Zurückverweisung.

Dass die Haus- und Kleingärten in diesen Ausnahmehereich gehören, habe man auch in seiner Fraktion diskutiert, führte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, aus. Aber durch die Regelung im § 3 Abs. 1 unter e) – gilt nicht in Klein- und Hausgärten - sei dem schon Rechnung getragen. Auf Grund des Hinweises, dass dies gestrichen wurde, teile Herr Bönecke genau diese von Herrn Puttkammer vorgetragenen Bedenken, denn man habe das als gegeben angesehen. Die Streichung sei in der Vorlage nicht eindeutig zu erkennen.

Man habe das gleiche Anliegen und würde die Streichung wieder reaktivieren wollen, dann sei es sicherlich mehrheitsfähig, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, merkte an, unter dem § 2 Abs. 2c wurden die Kleingärten von dieser Satzung ausgenommen. Um die Gleichbehandlung zwischen Haus- und Kleingärten wieder herzustellen, wären unter § 2, Abs. 2c hinter den Kleingärten gemäß Bundeskleingartengesetz noch die Hausgärten hinzuzufügen. Damit gilt die Satzung auch in den Hausgärten nicht. Wenn man sich dazu verständigen könne, könnte man diese auch beschließen und die Satzung gelte für den öffentlichen Raum.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, gab den warnenden Hinweis, dass man die Stadt des Umweltbundesamtes sei. Kleingärten werden nach Bundeskleingartengesetz ganz genau definiert. Wenn man jetzt sage, Hausgärten werden ausgenommen, frage er, wo fängt das an und wo hört das auf. Es gebe viele Hausgärten, in denen durchaus Bäume sind, bei denen es im Sinne der Naturentwicklung schon richtig ist, sich Gedanken darüber zu machen.

Ob man damit nicht die Festlegungen des Bundes- und Landesnaturschutzgesetzes untergrabe, wenn man jetzt die Kleingärten bzw. auch die Hausgärten im ländlichen Raum heraus nehme, stellte **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an

das Fachamt die Frage. Diese seien teilweise relativ groß und können durchaus ha-Größe haben und mit Streuobstwiesen bestockt sein.

Frau Krause, Sb Flächen- und Nutzungsmanagement, erklärte, alles was im Naturschutzgesetz als Streuobstwiese festgelegt ist, gilt, egal ob es in einem Kleingarten, Hausgarten oder ob es auf einer öffentlichen Fläche ist. Das werde nicht untergraben. In den letzten Sitzungen, als die Baumschutzsatzung behandelt wurde, gab es die Diskussion, ob hochstämmige Obstbäume in den Hausgärten jedes Privaten mit geschützt werden müssen. Deshalb hatte man die hochstämmigen Obstbäume im Bereich der Haus- und Kleingärten herausgenommen.

Man habe sich entschlossen, die Formulierung aus der vorherigen Satzung der Stadt Dessau wieder hinein zunehmen, dass man die hochstämmigen Obstbäume dort schützt, wo man es aus stadtplanerischer Sicht als wertvoll erachte, in den bebauten Innenhöfen z. B. in Dessau-Nord, an Straßen, wo hochstämmige Obstbäume als Straßenbepflanzung sind, oder wo sie gegebenenfalls noch Trennpflanzungen in Ackerbereichen stehen. Nicht mehr geschützt sollten sie in den Haus- und Privatgärten sein. In Kleingärten sei es etwas Anderes, nicht in Klein- und Hausgärten.

Auf Nachfrage verwies Frau Krause darauf, dass es in der Satzung heißt *„Geschützte Bäume und Hecken ... sind ...hochstämmige Obstbäume mit einer Mindeststammhöhe von 180 cm auf Baumäckern, Baumfeldern, Streuobstwiesen und Feldsäumen sowie in Wohninnenhöfen an Straßen; als Wohninnenhöfe gelten karreeartig geschlossen umbaute Flächen.“* Die Formulierung *„gilt nicht in Klein- und Hausgärten“* hatte der Stadtrat sowohl für die Stadt Dessau als auch für die Stadt Roßlau beschlossen, was jetzt wieder entfalle.

Ergänzend betonte **Herr BM Gröger**, das sei Konsens der Hauptausschüsse und des Stadtrates gewesen, die getrennt und zusammen getagt haben. Es liege sicher eine Irritation vor, merkte **Herr OB Koschig** an, man schlussfolgere *„gilt nicht in Klein- und Hausgärten“*. Es wurde aber gestrichen.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner**, stellte fest, dass aus der CDU-Fraktion zwei verschiedene Anträge vorliegen. Ein Antrag bezieht sich auf die Verweisung in den Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt. Der zweite Antrag beinhaltet, in § 2 Abs. 2c zu ergänzen: *„und Hausgärten.“* Hierzu müsse sich die CDU-Fraktion Gedanken machen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, bat um eine Klarstellung: Er interpretiere die Intervention vom Fachamt so, dass man Klein- und Hausgärten nicht herausnehmen müsse, weil sie gar nicht im Text mit erwähnt sind. Daraus resultiere nun seine Frage, ob dann Laub- und Nadelgehölze, einschließlich Esskastanien, wenn man so etwas einmal in seinem Garten gepflanzt hat, jetzt geschützte Objekte sind. Dies wurde von Herrn BM Gröger bestätigt.

Abschließend gab **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, bekannt, der weitergehende Antrag sei im Moment der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung, weiterhin liege ihm ein Antrag auf Ergänzung des § 2 Abs. 2 c) um die Worte *„und in Hausgärten“* vor.

Der Antrag zur Verweisung der Vorlage an den Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt wurde mehrheitlich **abgelehnt** (11:28:01).

Dem **Änderungsantrag**, in der Vorlage den § 2 Abs. 2 unter c) zu ergänzen um die Worte „**und in Hausgärten**“ wurde mehrheitlich **zugestimmt** (27:10:03).

Die Vorlage wurde ergänzt beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:03:01

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Buerliste/Die Grünen, bat insgesamt um eine rechtliche Prüfung. Ihn interessiere insbesondere auch die gesetzliche Definition „Hausgärten“, um den Beschluss rechtlich abzusichern.

Dies werde entsprechend im Protokoll aufgenommen, sagte der **Stadtratsvorsitzende Dr. Exner** zu.

7.13 Grünflächensatzung Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/025/2008/VI-65

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.14 Neubau der Bahnhofstraße im Zuge der Ortsdurchfahrt der künftigen Bundesstraße 184 n in der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau - Novellierung / Ergänzung des Maßnahmebeschlusses - Vorlage: DR/BV/059/2008/VI-66

Einführend erklärte **Herr Bürgermeister Gröger**, der Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt hat diesen Maßnahmebeschluss in seiner Ergänzung einstimmig für die Behandlung im Stadtrat empfohlen. Er verwies darauf, dass es beim letzten Abschnitt der Westtangente einen Kostenaufwuchs der ursprünglich eingeschätzten und berechneten Kosten gibt, der im Einzelnen in der Vorlage nachgewiesen ist. Eine Hauptursache dafür sei in den vielen Spezialarbeiten im Straßen-, Tief- und Brückenbau zu sehen, bei denen die Preise gestiegen sind. Die Baustellen seien bekannt: 7 Straßenbrücken, genauso viele Eisenbahnbrücken auf der Strecke zwischen Dessau und Roßlau. Zu einer Erhöhung der Kosten kam es auch im Zuge der aufwendigen Umplanungsprozesse in Zusammenarbeit mit der Bahn AG. Zusätzlich habe man einen Reservebetrag bei dieser komplizierten Maßnahme in Höhe von 400 T€ aufgenommen, so dass sich das Volumen von rund 6 Mio. € auf 7,2 Mio. € erhöht, was eine Erhöhung um 20 % ist. Das sei das, was man in der frühzeitigen Phase der Schätzung von Straßen +/-0 im Kalkül haben müsste. Das sei die negative Botschaft.

Soweit es eine positive Ableitung gibt, erklärte Herr Gröger, ist es nicht der gleiche Prozentsatz, den man im Verhältnis der Förderung ansonsten bei GVFG-geförderten Maßnahmen von 30 % als Eigenanteilleistung zu tragen habe, sondern diese Leistung, die hier insbesondere auch an den Knotenstellen mit der Bahn anfallen, werden uns zum großen Teil durch die NASA über Fördermittel ersetzt. So zeichnet sich die große Chance ab, dass wir diese 1,2 Mio. € „nur“ mit etwa 100 T€ aus eigenen Mitteln gegen

finanzieren müssen. Trotzdem sei es ärgerlich. Er bitte aber um Zustimmung, denn es sei der letzte Abschnitt, an dem man schon seit 1992 baue.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, legte dar, man sei sich einig, dass die Maßnahmen so schnell wie möglich beginnen sollten. Zum Verständnis bat er um Bestätigung, dass man bei den Zahlen, die jetzt zur Begründung der Beschlussvorlage dienen, einen höheren Bereich in den Kosten der Bauleistungen, ohne Ingenieurleistungen und Grunderwerb, der deutlich über das hinausgeht, was ursprünglich das Submissionsergebnis war, habe.

Entgegnend erklärte **Herr BM Gröger**, es sei noch gar nichts submittiert, bis auf die letzte Vergabe. Diese ist aber noch blockiert, denn man gebe die Submission nicht frei, bevor der Stadtrat das Gesamtbudget in der Erhöhung beschlossen hat.

Das war genau seine Frage, im anderen Fall hätte er ein Problem mit der Beschlussvorlage, merkte **Herr Bönecke** an.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:01:01

**7.15 Anbindung der Stadt Dessau-Roßlau an den IC-Verkehr
von und nach Berlin
Vorlage: DR/BV/010/2008/**

Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Der öffentliche Teil wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

9. Schließung der Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde die Sitzung geschlossen.

Dessau, 09.04.08

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin